

Speech

Kiel, 08.11.2018

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Die Attraktivität des Lehrerberufs muss erhöht werden

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 32 - Bericht zur Lehrkräftegewinnung

Für den SSW ist die Lehrkräftegewinnung ein zentrales Zukunftsthema. Ohne genügend gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer kann es natürlich auch keinen guten Unterricht geben. Doch leider zeigt auch der vorliegende Bericht wieder deutlich, mit wie vielen Unsicherheiten wir es hier zu tun haben. Ganz offensichtlich wird kaum etwas durch so viele Faktoren und schwer kalkulierbare Entwicklungen beeinflusst, wie Prognosen zum Lehrkräftebedarf. Wirklich verlässliche Aussagen sind schwierig. Und die nötigen Ansätze, um mehr Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen, sind entsprechend vielfältig. Deshalb möchte ich mich gerne für den detaillierten Bericht bedanken. Und ich will für den SSW auch festhalten, dass dieses Thema nicht für Schuldzuweisungen taugt.

Spätestens mit den absehbar wachsenden Schülerzahlen wird eins deutlich: Wir steuern bei der Versorgung mit Lehrkräften auf einen durchaus bedrohlichen Engpass zu. Neben dem berufsbildenden Bereich und den Förderzentren wird sich dieses Problem vor allem in den Grundschulen zeigen. Viele der Maßnahmen, die die Jamaika-Koalition ergreift, sind daher dringend notwendig und werden vom SSW unterstützt. Das gilt für die enge Einbindung der ausbildenden Universitäten genauso, wie für die Stärkung



der Wertschätzung oder für die Verbesserung der Lehrergesundheit. Alles sinnvoll und im Grunde selbstverständlich. Auch den Ansatz, den wachsenden Lehrkräftebedarf in erster Linie durch grundständig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer zu decken, teilen wir natürlich. Aber wenn wir ehrlich sind, dann ist es keine wirklich neue Erkenntnis, dass wir möglichst gut ausgebildete Lehrkräfte brauchen, um einen Unterricht von hoher Qualität zu sichern.

Sowohl im Bericht wie im vorliegenden Konzept zur Lehrkräftegewinnung werden wichtige Schritte genannt. Und doch muss ich zugeben, dass ich bei diesem Thema nicht wirklich sorgenfrei in die Zukunft schaue. Vor allem die gerade laufende Neuordnung der Lehrerbildung trägt aus unserer Sicht nicht zu einer bedarfsgerechten Versorgung mit Lehrkräften bei. Die strikte Trennung der Lehrämter verhindert ja gerade den flexiblen Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer. Und auch kurzfristige Maßnahmen wie die Stärkung des Quer-, Seiten- und Direkteinstiegs sind alles andere als eine qualitätssichernde Maßnahme. Aus Sicht des SSW müssen nichtausgebildete Lehrkräfte in der Schule eine absolute Ausnahme bleiben. Noch dazu bekommt diese Gruppe ja längst nicht die fachliche Begleitung, die sie eigentlich bräuchte. Das kann also allerhöchstens eine Notlösung sein.

Doch vor allem die Annahme, dass wir aufgrund des bundesweiten Lehrermangels nicht auf Wettbewerb mit anderen Ländern setzen sollten, halte ich für falsch. Sie ist sogar fahrlässig, weil wir durch Untätigkeit weiter an Boden verlieren. Gerade im Grundschulbereich machen andere Länder ja längst vor, wie es geht. Die viel zu lange Übergangsphase bis zur vollständigen Umstellung auf A 13 ist strategisch äußerst unklug. Hier wird eine große Chance vertan, den Beruf der Grundschullehrkraft attraktiver zu gestalten. Dabei müssen wir dringend junge Leute für genau diesen Bereich gewinnen. Mit der Entscheidung, Teile der Lehrerschaft noch bis zum Jahr 2026 warten zu lassen, schafft sich unser Land einen enormen Wettbewerbsnachteil.

Ich denke niemand will ernsthaft leugnen, dass die gesamte öffentliche Verwaltung ein Nachwuchsproblem hat. Das wird auch im Bericht erwähnt. Daraus ergibt sich doch die klare Notwendigkeit, auch die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern. Und hier spielen die Bezüge nun mal eine ganz wesentliche Rolle. Deshalb müssen wir so schnell wie möglich zu A 13 für alle kommen. Für den SSW ist das auch eine Frage der Gerechtigkeit. Deshalb werden wir auch dieses Jahr wieder die entsprechenden Haushaltsanträge stellen. Jamaika hat also durchaus noch die Möglichkeit, hier ein wichtiges Signal zu senden.

